

742/A XX.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine Petrovic, Pollet - Kammerlander, Freundinnen und Freunde

betreffend Optionenbericht der Grünen

Die unterschiedlichen Einschätzungen und Positionen der Regierungsfractionen über die Zukunft der österreichischen Sicherheitspolitik haben dazu geführt, daß das im Koalitionsübereinkommen (7. März 1996) verankerte Ziel, "weiterführende sicherheitspolitische Optionen" bis Ende März 1998 "noch vor Übernahme des EU - Vorsitzes durch Österreich" dem Parlament vorzulegen, gescheitert ist. Damit ist jedoch davon auszugehen, daß für die nächsten Jahre die Basis der österreichischen Sicherheitspolitik, die verfassungsrechtlich verankerte immerwährende Neutralität ist. Eine Anpassung an die internationalen Entwicklungen kann also nur auf dieser verfassungsrechtlichen Basis erfolgen. Eine Rückkehr zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen, die aus der Neutralität erwachsen, wäre aus Gründen der Stabilität und Sicherheit der Republik in einer bewegten Umwelt vor diesem Hintergrund zweckmäßig. Eine globale Sicherheitsordnung, die diesen Namen verdient, muß bestrebt sein, den Krieg als Mittel der Politik endgültig zu überwinden. Dafür erscheint die Wiederaufnahme einer aktiven Neutralitätspolitik besonders wichtig.

All diese Anforderungen haben die Grünen in ihrem Optionenbericht berücksichtigt. Die Option der Grünen ist ein Vorschlag am Boden der Verfassung, im Interesse des sozialen Friedens, einer aktiven Neutralitätspolitik und einer umfassenden Sicherheits - und Abrüstungspolitik, der eine hervorragende Grundlage für die jetzt anstehende Grundsatzdebatte bildet.

Beilage 1: Politische Schlußfolgerungen des Optionenberichtes der Grünen

Beilage 2: Optionenbericht der Grünen, Wien 1998.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Wir ersuchen die Bundesregierung, die weitere sicherheitspolitische Entwicklung der Republik entlang der Schlußfolgerungen des beiliegenden Berichtes zu behandeln.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den außenpolitischen Ausschuß vorgeschlagen.

Beilage 1 konnte nicht gescannt werden !!

Optionenbericht

DIE GRÜNE OPTION

SICHERHEIT STATT NATO

Mit dem Umbruch in Europa steht auch Österreichs Sicherheitspolitik vor einer Neuorientierung. In Europa grenzen nicht länger zwei feindliche Blöcke aneinander, und die Trennlinie zwischen beiden wird nicht mehr an einem einzigen Punkt - dem neutralen Österreich - unterbrochen. Die Feindbilder invasionsbereiter Armeen aus dem Osten haben auch für Österreich ausgedient. Nicht nur die Europäische Union, ganz Europa sucht nach einer Neubestimmung seiner Sicherheit und Stabilität. Mit dem Ende der erstarrten Sicherheitspolitik des Kalten Krieges wird es für jeden und jede einzeln notwendig, seine Option festzulegen. Zu Recht erwarten sowohl die Menschen in Österreich als auch die anderen europäischen Staaten eine eindeutige Option für Österreichs Rolle in einer zukünftigen europäischen Sicherheitsarchitektur. Sie alle haben ein Recht auf eine Option, die nicht von Parteitaktik und Regierungstreit, sondern von klaren Zielen bestimmt ist. Für Grüne bedeutet Sicherheit aktives Eintreten gegen Gewaltbereitschaft sowohl innerhalb unserer Gesellschaft als auch zwischen Staaten. Es geht darum, rechtzeitig gewaltfreie Schritte zur Kontliktaustragung zu setzen. Gewaltausbruch und militärische Eskalationen werden damit verhindert.

DIE WIRKLICHEN BEDROHUNGEN

Wer eine Option entwickeln will, muß zuerst ein gut begründetes Bedrohungsbild zeichnen. Eine realistische Reihung der Bedrohungen erlaubt es der Sicherheitspolitik, Prioritäten zu setzen. Gemeinsam mit dem Verteidigungsminister und dessen Partei hat die Spitze des österreichischen Militärs jenseits aller realen Bedrohungen ein eigenartiges Bild aus nur einer Bedrohung entwickelt: der Angst, nicht dabeizusein - bei der Nato, der WEU, dem nächsten militärischen Block. Wir setzen dem die Liste der sechs wichtigsten Bedrohungen entgegen.

Bedrohung 1: Massenvernichtungswaffen

Produktion und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketenträgersystemen stellen weltweit nach wie vor die gefährlichste Bedrohung dar. Nato und WEU sind nicht die Lösung, sondern Teil dieses Problems. Die Nato hat die Aufrüstung Europas so weit mitgetragen, daß auch ein konventioneller Krieg zwischen den Blöcken angesichts der Zerstörungskraft der modernen Waffen, der Verletzlichkeit hochtechnisierter Gesellschaften und der dichten Bevölkerung des Kontinents nur noch als Verwüstung Europas denkbar ist. Diese ökologische Verantwortung ist dem militärischen Denken nach wie vor fremd - daher sind es nach wie vor die Militärbündnisse, die die Hauptverantwortung für die radioaktive Verseuchung der Meere durch die Versenkung von Atomabfällen tragen.

Bedrohung 2: Blockkonfrontation in Europa

Mit der jüngsten Erweiterung der Nato hat die militärische Blockbildung begonnen, die friedliche Erweiterung der EU Richtung Osten zu überholen. Nicht einmal zehn Jahre nach

1989 schiebt sich die westliche Blockgrenze wieder Staat für Staat an die Grenze Rußlands heran. Die Spaltung Europas wird damit nicht überwunden, sondern einige hundert Kilometer weiter östlich wiederholt. Wie in jeder Blockkonfrontation wächst auch diesmal der Druck, die jeweils eigene Sicherheit national zu begründen und militärisch, mit Atomwaffen, zu sichern.

Bedrohung 3: grenznahe Atomkatastrophen

Leben und Gesundheit der Österreicherinnen werden von möglichen Unfällen in den Atomkraftwerken an Österreichs Grenzen bedroht. Wien liegt in der weltweiten Liste der gefährdeten Großstädte auf Platz eins. Die tödlichen Bedrohungen für die österreichische Bevölkerung: Mochovce, Bohunice, Dukovany, Krsko, Kosloduj und Temelin. Nach wie vor weigert sich die Bundesregierung, auch nur einen kleinen Teil des Militärbudgets der "ökologischen Landesverteidigung" zu widmen.

Bedrohung 4: Militärisierung der Außenpolitik

Seit dem zweiten Golfkrieg sinkt die Schwelle zu militärischen Interventionen. Während die Neigung der USA, die UNO für Militärinterventionen zu mißbrauchen, wächst, hat Europa noch keine gemeinsame Außenpolitik geschaffen. Die "friedensschaffende Intervention" droht zum Normalfall der internationalen Konfliktregelung zu werden. Damit behindert und verdrängt der "Out - of - area" - Einsatz von Nato und WEU die künftigen Möglichkeiten nichtmilitärischer Friedensschaffung und zwingt konkurrierende Blöcke, mit gleichen Mitteln um globalen Einfluß zu kämpfen.

Bedrohung 5: Rüstungskomplex Westeuropa

Die EU - Staaten haben sich in Amsterdam im Artikel 3.7 auf eine "rüstungspolitische Zusammenarbeit" geeinigt. Die europäische Rüstungsindustrie sucht einen Ausweg aus dem Abrüstungstrend seit 1989. Sie hofft auf zwei neue Geschäftsfelder: die "Modernisierung" der Nato - Beitrittsländer und die Ausrüstung schneller globaler Eingreiftruppen. Neue und modernere Waffen setzen wieder eine Aufrüstungsspirale in Gang.

Bedrohung 6: Arbeitslosigkeit, Armut

Eine der wesentlichen Ursachen von Kriegen, Vertreibungen und Nationalismus ist die Kluft zwischen armen und reichen Staaten, zwischen sozial ausgegrenzten und begüterten Menschen, die sich immer weiter vertieft. innerhalb der EU leben bereits 57 Mio. Menschen in Armut. Wenn die soziale Ungleichheit wächst, wächst auch die Unsicherheit mit.

Arbeitslosigkeit, Verarmung und Chancenlosigkeit bereiten den Boden für fremdenfeindliche Demagogie. Hand in Hand damit geht die Abschottung gegenüber der Dritten Welt: Die polizeilich und militärisch abgesicherte Festung Europa ist im Entstehen. Doch mit diesen Mitteln können globale soziale Konflikte nicht gelöst werden: Wenn Menschen aus Kurdistan flüchten müssen, werden sie sich nicht von italienischen Küstenwächern oder österreichischen Präsenzdienern abschrecken lassen. Eine einzige Bedrohung besteht nicht mehr: die Drohung ausländischer Armeen, in Österreich einzumarschieren.

Österreich wird in Zukunft von befreundeten Staaten umgeben sein. Damit fällt zum ersten Mal nach 1945 die Notwendigkeit einer militärischen Landesverteidigung weg. Österreich kann daher - unabhängig von militärischen Zwängen - frei bestimmen, welchen Beitrag zu Frieden und Sicherheit es in Europa leisten will. In dieser bedrohungsfreien Situation ist Österreich kein „Trittbrettfahrer“, weil unser Land mit Neutralität und aktiver Außenpolitik mehr als manche blockgebundenen Länder zur Sicherheit Europas beiträgt.

CHANCEN NÜTZEN

Europa steht sicherheitspolitisch am Scheideweg. Setzen sich die Kräfte, die für den Nato - Beitritt plädieren, durch, wird ganz Westeuropa zum Anhängsel einer militärisch bestimmten Globalpolitik der USA. Der Angriff auf den Irak hat das Muster für den

militärischen Ernstfall der weltweiten Ressourcenpolitik vorgegeben. Setzen sich die Befürworter des WEU - Beitritts durch, dann steht dahinter das Interesse an einem eigenen europäischen Militärblock mit allen Folgen für Europas Rolle in der Welt. So oder so - wenn deutsche, französische und österreichische Soldaten für Öl und Bodenschätze auf Einsatz geschickt werden, ist es letzten Endes egal, ob sie unter amerikanischem oder westeuropäischem Kommando stehen. Sie werden in beiden Fällen einem sinnlosen Kampf geopfert - dem Kampf um das Recht, nicht erneuerbare Ressourcen weiter ausbeuten zu dürfen. Das Jahr 1989 hat auch Europa eine Friedensdividende gebracht. Erste weltweite Schritte zur Abrüstung sind gesetzt worden: der atomare Rüstungsstop, der Atomteststop, der Beginn der konventionellen Abrüstung in Europa und das Minenverbot.

Mit der Osterweiterung der Nato droht die Friedensdividende einer neuen Aufrüstung geopfert zu werden. Mit dem Titel 5 der Amsterdamer Verträge haben sich zum ersten Mal die Befürworter einer militärischen Blockbildung im ganzen EU - Raum durchgesetzt. Eine gemeinsame Militärpolitik, ein gemeinsames Kommando und eine gemeinsame Rüstungswirtschaft sind jetzt möglich - aber noch nicht fixiert. Noch immer stehen Europa alle Optionen offen - und noch immer hat Österreich alle Chancen auf eine Zukunft als neutrales, friedenssicherndes Mitglied der Völkergemeinschaft statt der Mitgliedschaft in einem hochgerüsteten Militärblock.

Chance 1: Neutralität als sicheres Fundament

Österreichs sicherheitspolitische Erfolge haben fünf Gründe: Neutralität, Bündnisfreiheit, aktive Außenpolitik, internationale Vermittlerrolle - und die Tatsache, daß es Sitz internationaler Organisationen ist. Wenn Blöcke aufeinander zurücken und wieder abrüsten, braucht Europa kleine, niemanden bedrohende Staaten, die als Vermittler und Schlichter ihre guten Dienste anbieten können. Für diese Rolle gibt es gute Voraussetzungen: Bündnisfreiheit, Stationierungsverbot und die Nichtteilnahme an Kriegen. Das sind auch die drei verfassungs - und völkerrechtlichen Grundelemente der immerwährenden Neutralität. Als Begründung für ein möglichst großes Militär hat die Neutralität ausgedient. Für einen Richtungswechsel hin zu einer modernen, aktiven Außen - und Friedenspolitik bietet sie den Schlüssel: weg von der Fixierung auf den reichen, hochgerüsteten Norden, hin zu einer fairen globalen Lösung ökologischer und sozialer Probleme. Neue Formen der zivilen Konfliktwahrnehmung, - vorbeugung und - vermittlung können von Österreich verstärkt ausgehen. Mit der international angesehenen Friedensuniversität in Stadtschlaining ist ein erster Ansatz dafür gelungen, der weiter ausgebaut werden muß.

Chance 2: die friedliche gemeinsame Außenpolitik

Die Chance: Die EU beschließt als Ziel die globale Konfliktlösung mit nichtmilitärischen Mitteln. Weil die EU kein Militärblock wird, hat sie Interesse, ihr ganzes wirtschaftliches und politisches Gewicht gegen die Militärisierung globaler Konflikte zu setzen. Die europäischen Nato - Länder könnten mit ihren technischen Mitteln die Konfliktfrühwarnung und die Rüstungskontrolle übernehmen und gleichzeitig erste Schritte zur eigenen Abrüstung unternehmen, die Schlüsselrolle kommt aber den Allianzfreien zu: Sie ordnen sich weder Nato noch WEU unter, sondern bilden das europäische Gegengewicht zu den Blöcken. Damit garantieren sie, daß aus Europa kein "bewaffneter Binnenmarkt" wird.

Die WEU wird damit überflüssig, die gemeinsame europäische Außenpolitik entsteht in der Abstimmung und Harmonisierung zwischen Nato - Mitgliedern und Allianzfreien. Die österreichische Politik hat dazu ein EU - Instrument in der Hand: das Vetorecht gegen einen Militärblock in der EU. Zu diesem Zweck muß Österreich die Zustimmung im Europäischen Rat zur Integration der WEU in die EU nach Art. J. 7. 1 des Amsterdamer Vertrags verweigern.

Chance 3: Osterweiterung der EU

Die Chance: Gegen alle Absichten einer neuerlichen Militärisierung Europas durch eine

Nato - Erweiterung setzt die EU auf die Schaffung einer Europäischen Friedensordnung. Grundlegende Voraussetzung für einen Umbau Europas zu einem Raum des Friedens und der Sicherheit ist neben der Aussöhnung mit Rußland die schnelle und gleichberechtigte Aufnahme der beitragswilligen Reformstaaten in die EU. Dieses Vorhaben begründet auch eine herausgehobene Verantwortung der Neutralen und eine neue europapolitische Dimension ihrer Neutralität. Mit ihrem Beharren auf dem besonderen völkerrechtlichen Status der Neutralität können sie verhindern, daß die Nato unter der Vorherrschaft der USA zum einzigen und geschlossenen Sicherheitssystem in Europa wird. In der dadurch aufrechterhaltenen Pluralität der Sicherheitssysteme würde die Option offengehalten, eine Nato - unabhängige, tatsächlich europäische, kooperative Friedens - und Sicherheitsordnung unter Einbeziehung Rußlands zu entwickeln.

Chance 4: weiße Zonen

Die Chance: Die neutralen und allianzfreien Staaten einigen sich auf die Bildung "weißer Zonen". Sie dulden in Zukunft keine Atomkraftwerke, keine Atomwaffen und keine offensiven militärischen Kräfte auf eigenem Territorium. Mit einem Gürtel von Staaten, die keinem Militärbündnis angehören und niemanden bedrohen, wird der neue Blockgegensatz in Europa gemildert. Damit kann eines der wichtigsten außenpolitischen Projekte der EU ernsthaft begonnen werden: die Aussöhnung mit Rußland. Von Finnland, Schweden, Österreich, Schweiz und Irland bis zu den osteuropäischen Staaten außerhalb der Nato können sich die Allianzfreien ein gemeinsames Ziel setzen und doppelt auf die Nato einwirken: zur militärischen Verdünnung in den Randstaaten und zur weiteren Abrüstung in ganz Europa.

Chance 5: Aufwertung und Stärkung der UNO

Eines ist auch den Befürwortern einer Nato - Mitgliedschaft klar: Kein Bündnisbeitritt kann und wird auf absehbare Zeit nationale Sicherheitspolitik ersetzen. Erst wenn die übergeordnete Autorität der Vereinten Nationen über ausreichende Ressourcen verfügt, wäre nationale Sicherheits - und Verteidigungspolitik überflüssig. Bis dahin vermag sich Österreich in Freiheit und Unabhängigkeit auf internationaler Ebene weit besser Gehör zu verschaffen denn als kleines Nato - Mitglied. Die Grünen befürworten das aktive Zusammenwirken der Neutralität mit dem Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystem der UN. Durch die Errichtung eines globalen Gewaltmonopols und die Beschlußfassung einer "demokratischen Verfassung" der Völker dieser Erde kann der Weg zu einer Welt ohne Krieg und ohne Waffen bereitet werden.

UND DAS BUNDESHEER?

Nicht einmal die Militärs selbst glauben, daß sich Österreich dieses Bundesheer weiter leisten soll. Der Generaltruppeninspektor verlangt eine Entscheidung: Wenn den Forderungen der Militärs nach mehr Material und Geld nicht nachgegeben wird, "wäre tatsächlich zu erwägen, auf eine militärische Landesverteidigung, die einen solchen Namen verdient, zu verzichten. Ein symbolischer Beitrag vielleicht in Form einer "Abschlagszahlung" - wäre dann wohl eine konsequentere Lösung". Acht Jahre nach dem Ende jeder Bedrohung aus dem Osten ist es Zeit, Schluß zu machen.

Österreich kann und soll alles abrüsten, was überflüssig geworden ist:

- ° Die Panzerbrigaden sollen durch die UN - Friedenstruppe ersetzt werden. Kampfpanzer werden ebenso überflüssig wie weitreichende Artillerie.
- ° Die Luftraumüberwachung mit Hilfe von Radar wird auch in Zukunft gebraucht, die Luftraumverteidigung nicht. Damit kann die Fliegerdivision geschlossen werden.
- ° Die zusätzlichen Kräfte, die für Sicherungseinsätze und Katastrophenschutz benötigt werden, sollen vom Landesverteidigungs - an das Innenministerium überstellt werden.

° Die Wehrpflicht wird überflüssig, die nächsten Generationen von Jungmännern können über ihr Leben frei verfügen, sie erhalten acht Monate ihres Lebens zurück. Österreich schafft damit eine sechste Chance: eine Friedensdividende für Österreich und einen Friedensimpuls für Europa. Österreich kann für Europa zeigen, daß weitgehende Abrüstung ohne Verzicht auf Sicherheit und internationale Solidarität möglich ist. Der Satz von Ghandi gilt heute gerade für Österreich: "Wenn in Europa wirklich abgerüstet werden soll, muß eine Nation damit beginnen und alle damit verbundenen Risiken auf sich nehmen. Wenn dieser glückliche Umstand einmal eintreffen wird, dann entfaltet diese Nation eine Kultur der Gewaltfreiheit, die so hoch sein wird, daß sie ihr eine universelle Beachtung und Achtung eintragen wird." Noch nie waren die Risiken so gering. Daher soll Österreich für Europa beginnen.

INVESTIEREN STATT VERSCHWENDEN

Die militärische Landesverteidigung belastet das Budget jedes Jahr mit 22 Milliarden Schilling. Österreichs Nato - Beitritt würde zu Beginn mindestens acht Milliarden, bei Erhöhung der Ausgaben auf das durchschnittliche Nato - Niveau von 2,4 Prozent des BIP rund vierzig Milliarden Schilling mehr kosten - Jahr für Jahr. Zumindest müßte Österreich gleich viel zahlen wie vergleichbare Nato - Staaten. Belgiens 1,8 Prozent und Dänemarks 1,9 Prozent des BIP markieren die Beitragshöhe für Österreich. Allein dazu müßte Österreich sein Militärbudget um 117 Prozent auf 48 Milliarden Schilling erhöhen. Aber auch damit würde Österreich keine zusätzliche Sicherheit kaufen. Die Mehrausgaben müßten aus zusätzlichen Steuern oder aus weiteren Sparpaketen finanziert werden, das Geld bliebe verschwendet. Dem gegenüber plädieren wir für einen "Investitionsplan Sicherheit". Seine voraussichtlichen Kosten betragen:

1. Konfliktvermeidung statt Militärintervention

Wir wollen der frühen Krisenwahrnehmung unsere ganze Aufmerksamkeit widmen, damit vorbeugende Maßnahmen in Hinkunft Kriege verhindern können. Derartige präventive Instrumente müssen endlich tatsächlich mit materiellen Ressourcen und nicht nur mit schönen Worten ausgestattet werden. Der vorbeugende friedenserhaltende Einsatz der UNO hat in Mazedonien eine Eskalation verhindert. In Bosnien - Herzegowina ist es bloß bei der Forderung geblieben. Vorbeugende friedenserhaltende Einsätze sind die wichtigste und erste internationale Aufgabe für Streitkräfte. Gleichzeitig treten wir vehement für die Errichtung von zivilen Einsatzkräften zur politischen Vermittlung und Friedensbildung ein. Vorbeugende Einsätze von Militärs machen nur Sinn, wenn in der Folge ein Versöhnungsprozeß aktiv betrieben wird.

2. Friedenstruppe fair die UNO

Österreich stellt der UNO für friedenserhaltende Einsätze Einheiten zur Verfügung. Sinnvollerweise bietet Österreich "Nischendienste" wie etwa eine Gebirgsbrigade, Sanitätseinheiten oder spezialisierte Einheiten für Desaster - Relief an. Kosten: rund vier Milliarden Schilling - die Einsparung aller sonstigen Truppenteile ermöglicht eine Abrüstungsdividende zur Verwirklichung der beiden anderen Schwerpunkte, der sozialen Grundsicherung und der EU - Osterweiterung. Für die Punkte 1 und 2 des "Investitionsplanes Sicherheit" wären zusammen 4 Mrd. Schilling zu veranschlagen.

3. Osterweiterung

Die historische Bedeutung der EU - Erweiterung als eigentliches und vorrangiges Friedensprojekt zu erkennen, beinhaltet auch die Verpflichtung, den Aufbau von Demokratie, Wohlstand und Sozialstaat, den Schutz der Umwelt und die kulturelle Entfaltung in den Reformstaaten endlich angemessen zu unterstützen. Die für Auf - und Umrüstung bei einer Nato - Erweiterung vorgesehenen Mittel stehen dafür zur Verfügung. Die Einsparung dieser

exorbitanten Kosten würde es den Reformstaaten ermöglichen, diesen Aufbau auch aus eigenen Kräften zu beschleunigen. Die EU könnte durch diese sicherheitspolitische Neuorientierung einen "Marshallplan für die Reformstaaten" finanzieren. Die Neutralen können einen solchen Plan anstoßen, indem sie zumindest einen Teil der Mittel eines Nato - Beitritts dafür zur Verfügung stellen. Wir veranschlagen dafür 6 Mrd. Schilling.

4. Atomkraftwerke

Der Ersatz eines Bohunice - Reaktors durch ein umweltfreundliches Kraftwerk würde rund drei Mrd. Schilling kosten. Die Umrüstung sämtlicher Hochrisiko - Reaktoren in Mittel - und Osteuropa erfordert ein Budget von etwa 100 Mrd. Mit den in EU - Fonds liegenden 50 Mrd. Schilling, aus denen derzeit noch Nuklearanlagen in West - und Osteuropa finanziert werden, könnten bei entsprechender Umwidmung problemlos Ausstiegskonzepte finanziert werden. Wenn Österreich seine Anti - Atompolitik ernst meint, kann die Republik durch die jährliche Investition von drei Mrd. Schilling bis 2003 die Entschärfung der Risiko - Reaktoren vorantreiben.

5. Grundsicherung statt Nato - Rüstung

Wer für soziale Gerechtigkeit sorgt, sorgt für nachhaltigen Frieden - etwa durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung. Ein solches soziales Netz gegen Arbeitslosigkeit und Armut ersetzt das bestehende Sozialhilfewesen und führt bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe Sockelungen ein, Neun Milliarden für die Grundsicherung sind eine reale Sicherheitsinvestition.

ENTSCHEIDEN STATT HINEINSCHWINDELN

Von Österreichs Beitritt zur Partnership for Peace bis zu den Amsterdamer Verträgen ist ein Grundmuster erkennbar: Schritt für Schritt schwindelt sich Österreich durch die Hintertür in WEU und Nato. Den Überfluggenehmigungen für Interventionstruppen im Nahen Osten folgten die gemeinsamen Truppenübungen. Aus der immerwährenden Neutralität ist eine Neutralität mit Augenzwinkern geworden.

Wenn österreichische Regierungspolitiker in den Hauptquartieren in Brüssel vorsprechen, ist von den Differenzen in Wien wenig zu spüren. Die Unterschiede sind bloß rhetorisch - die politische Realität ist eine andere: Beide Parteien gehen parallel ihre Wege in Richtung Nato und WEU. Die SPÖ bekennt sich in Wien zur Neutralität und läßt ihre Vertreter in Brüssel die Artikel J. 1 bis J. 13 der Amsterdamer Verträge (den Beginn der westeuropäischen Blockbildung) unterschreiben. Dahinter wird ein Kalkül sichtbar: Wenn wir uns einmal hineingeschwindelt haben, wird die österreichische Bevölkerung die vollendeten Tatsachen zu akzeptieren haben - und bei der Volksabstimmung zustimmen.

Die Regierungsparteien wollen die Abstimmung solange verschieben, bis fast nichts mehr abzustimmen ist. Im Fall Zwentendorf hat die Regierung bereits einmal die eigene Bevölkerung unterschätzt. Wer den Beitritt fair entscheiden will, der läßt rechtzeitig abstimmen. Daher fordern wir, noch vor dem Beginn von Verhandlungen und weiteren versteckten Schritten die Volksabstimmung durchzuführen.

Erst entscheiden - dann verhandeln.